

# Die Prostitution als Nährboden für den Menschenhandel

## Die Verpflichtungen der Schweiz zur Bekämpfung von Menschenhandel

17 Ziele für nachhaltige Entwicklung gelten als Kernstück der Agenda 2030. Bis 2030 sollen diese «Sustainable Development Goals (SDGs)» global und von allen UNO-Mitgliedsstaaten erreicht werden. Das Ziel 8 definiert die Verpflichtungen der Schweiz wie folgt:

«Sofortige und wirksame Massnahmen ergreifen, um Zwangsarbeit abzuschaffen, moderne Sklaverei und Menschenhandel zu beenden [...]»

Des Weiteren wird dies auch in der Frauenrechtskonvention im Artikel 6 festgehalten:

«Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Massnahmen einschliesslich gesetzgeberischer Massnahmen zur Abschaffung jeder Form des Frauenhandels und der Ausbeutung der Prostitution von Frauen.»

## Weshalb wird dann so wenig unternommen?

Internationale Abkommen wie das Übereinkommen des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels binden die Schweiz an umfassende Strategien zur Prävention, Strafverfolgung und zum Schutz der Opfer zu entwickeln und umzusetzen. Die legale Prostitution wird illegal ausgenutzt und ausgebeutet, sie ist hoch kriminogen und bietet Raum für vielfältige Straftaten und Menschenhandel.

Die rechtlichen Bestimmungen sind zwar essenziell, doch die derzeitige liberale Rechtslage und der Mangel an konkreter Strafverfolgung erfüllen nicht den internationalen Standard, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seiner Entscheidung in Volodina vs. Russia betont hat. Es genügt nicht, lediglich einen rechtlichen Rahmen zum Schutz zu schaffen; vielmehr ist es notwendig, dass der Staat effektiv strafrechtlich ermittelt und die Verfahren zügig vorantreibt, um seine Schutzpflichten gemäss Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zu erfüllen.

Im November 2022 veröffentlicht das Überwachungsgremium der Istanbul-Konvention (GREVIO) einen Bericht zur Schweiz. In diesem werden die grossen Datenlücken in der

Erhebung von Fällen von sexueller Gewalt scharf kritisiert. GREVIO ist der Ansicht, dass es so unmöglich sei, die Gewaltproblematik in der Schweiz zu bewerten und hat entsprechende Empfehlungen erarbeitet, wie Daten erhoben werden könnten.

### **Armutsprostitution in der Schweiz**

Armutsprostitution ist ein ernstes gesellschaftliches Problem, das in vielen Ländern existiert, auch bei uns in der Schweiz. Unter Armutsprostitution versteht man die Ausübung von Prostitution aufgrund von finanzieller Not und wirtschaftlichem Druck. Diese Form der Prostitution ist oft gekennzeichnet durch extreme Abhängigkeit, unmenschliche Bedingungen, fehlende Alternativen und ein hohes Mass an Vulnerabilität der betroffenen Personen.

Ist das wirklich vorstellbar? Es scheint so absurd, dass in unserem wohlhabenden Land, trotz des allgemeinen Wohlstand immer noch Frauen in solch prekären Verhältnissen leben müssen?

Trotzdem Ja, wir können es uns leider vorstellen. Wir alle kennen die Bilder von Frauen an der Langstrasse in Zürich, der Basler Rebgrasse, an der Baselstrasse in Luzern oder im Genfer Quartier Le Pâquis. Besonders schockierend: zwei, drei Strassen nebenan finden wir den puren Luxus. Autos mit einem sechsstelligen Neuwert, Uhren, welche genauso viel Kosten können, Fünfsternehotels, Luxusrestaurants, Seepromenaden.

Viele dieser Prostituierten sind Migrantinnen, Frauen aus Osteuropa, Afrika, Asien und Lateinamerika, ohne gesicherten Aufenthaltsstatus oder Arbeitsgenehmigung. Sie leben in dieser bitteren Realität. Sie haben oft Sprachbarrieren, sind schlecht bis gar nicht über ihre Rechte und Möglichkeiten informiert und wissen nicht, an wen sie sich wenden können, wenn sie Hilfe benötigen. Und, auch wenn sie dies wüssten, die Hemmschwelle, die Angst und das Risiko ist oft zu gross um Hilfe zu holen. Denn die Umstände machen sie besonders anfällig für Missbrauch und Ausbeutung. Viele Prostituierte sind einsam. Sie leiden an gesundheitlichen Problemen von Geschlechtskrankheiten und Infektionen, posttraumatischen Belastungsstörungen bis hin zu übermässigem Alkohol- und Medikamentenkonsum oder Schlafstörungen. Nicht selten haben sie eine Vergewaltigung überlebt. Prostituierte sind gemäss Bericht des Bundesrats grössten gesundheitlichen Risiken ausgesetzt.

Armut prostitution ist also nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein soziales und humanitäres Problem.

### **Weshalb wir nicht von Sexarbeit sprechen**

Der Begriff «Sexarbeit» impliziert eine freiwillige und selbstbestimmte Entscheidung, sexuelle Dienstleistungen gegen Bezahlung anzubieten. Es mag diese freiwillige, selbstbestimmte Sexarbeit geben. Für die ganz grosse Mehrheit der Frauen in der Schweiz sieht die Realität aber anders aus. Prostitution ist meist mit Zwang, Gewalt und Ausbeutung verbunden. Menschen werden in ihrer Integrität verletzt – es ist keine menschenwürdige Arbeit. Exakte Zahlen gibt es dazu nicht, es kann davon ausgegangen werden, dass etwas mehr als drei Viertel nicht freiwillig in der Prostitution sind. Viele sind Opfer von Menschenhandel, Zwang und Ausbeutung. Sie befinden sich in Situationen, aus der sie keinen Ausweg sehen und erleben alltäglich Angst, Gewalt und Missbrauch.

Deshalb sprechen wir ausschliesslich über Prostitution und greifen nicht zu verharmlosenden Begriffen wie «Sexarbeit». Hier besteht politischer Handlungsbedarf!

### **Prostitution ist ein Verstoß gegen die Menschenwürde**

Im Artikel 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union heisst es wie folgt:

«Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie ist zu achten und zu schützen.»

Die Prostitution degradiert Frauen zu Objekten der Begierde und finanziellen Transaktionen, was ihre Würde und die inneren Werte fundamental verletzt. Zusammen mit physischer und psychischer Gewalt, Zwang und Menschenhandel werden die Betroffenen ihrer Autonomie beraubt und in entwürdigende und menschenunwürdige Situationen gezwungen. Das Gewerbe führt Prostituierte oft an eine existenzielle Grenze.

Es ist entscheidend, dass die Schweiz ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommt und aktiv gegen Menschenhandel und die damit verbundene Ausbeutung in der Prostitution vorgeht. Dies erfordert nicht nur verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen, sondern auch eine konsequente Umsetzung durch effektive Strafverfolgung und Schutzmassnahmen für Opfer. Nur so können die Rechte und die Würde der betroffenen Personen effektiv geschützt werden.